

LANDTAG IN KÜRZE

(Noch) keine Entlastung für LBA-VR

VADUZ – Der Landtag hat die Behandlung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA) auf den September-Landtag verschoben. Grund: Die VU-Fraktion war nicht bereit, dem alten Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen. Nachdem sich der neue VR offensichtlich ausser Stande sah, das Ergebnis ihrer Vorgänger mitzuverantworten, muss nun abgeklärt werden, wie dieser Fall formell korrekt gehandhabt wird.

Am 1. Juli erfolgt der Start der «neuen» LBA, sprich ab dann wird die LBA im Sinne einer Kostenoptimierung als unselbständige Anstalt unter dem Dach der Landesverwaltung operieren. Auf eine entsprechende Frage des VU-Abgeordneten Walter Vogt sagte Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck, betreffend dieser Eingliederung in die Landesverwaltung seien die Anstellungsgespräche noch nicht abgeschlossen, weshalb auch der Verkehrsbeauftragte noch nicht benannt worden sei. Elmar Kindle (FBP) wollte unter anderem wissen, ob es betreffend Erdgasbusse eine neue Ausrichtung gebe. Gemäss Rita Kieber-Beck hat die Regierung entsprechende Gespräche geführt, dabei habe Einvernehmen darüber geherrscht, dass Erdgasbusse nur dort eingesetzt werden, wo es die Topografie erlaube, nicht jedoch für Bergfahrten, da die Leistung der Busse dazu nicht entsprechend ausgerichtet sei. Seitens der Herstellerfirma M.A.N. habe man auch signalisiert, dass diese über keinen Erdgasbus-Typ verfüge, welcher dieses Höheniveau überwinden könne, so die Regierungschef-Stellvertreterin. (mf)

Post AG: Lob für Leistungsfähigkeit

VADUZ – Ausnahmslos Lob und Anerkennung gab es gestern im Landtag bei der Kenntnisnahme des Jahresberichts 2002 der Liechtensteinischen Post AG. Das Betriebsergebnis ist mit gut 1,9 Mio. Franken leicht besser ausgefallen als im Vorjahr.



Dass der Gewinn mit gut 1 Mio. Franken um rund 47 Prozent unter dem Vorjahr lag, sei vor allem auf nicht realisierte Wertpapierverluste aus den Anlagen der Reserven zurückzuführen, bemerkte Rudolf Lampert (FBP/Bild). Er bezeichnete es aus Sicht des Staatshaushaltes als «natürlich erfreulich», dass das Unternehmen erstmals eine Dividende auszahlt. Der FBP-Abgeordnete liess nicht unerwähnt, dass die Post AG sich einem ständig grösseren Wettbewerb behaupten muss, so wurde das Beförderungsmopol der Post per Anfang 2003 von 350 auf 100 Gramm reduziert. Rudolf Lampert dankte schliesslich allen Post-Bedienten dafür, dass sie «mit sehr viel Engagement zu Werke gehen». Unter anderem schloss sich auch Landtagspräsident Klaus Wanger (FBP) diesen Worten an. Die Überführung in eine AG sei «aussergewöhnlich professionell» durchgeführt worden und die Dienstleistungen, welche die Post erbringe, hätte einen aussergewöhnlichen Stellenwert, anerkannte Klaus Wanger namens des Landtages. (mf)

Im Zeichen der EU-Erweiterung

VADUZ – Ohne grosse Diskussion hat der Landtag den Jahresbericht der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis genommen. Die Treffen der Parlamentarierkomitees standen letztes Jahr schwerpunktmässig im Zeichen der Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die EFTA- und EWR-Staaten, erklärte Liechtensteins Delegationsleiter Jürgen Zech (FBP). Sein Delegationskollege Walter Vogt (VU) unterstrich vor allem die gute Zusammenarbeit innerhalb der Delegation. Jürgen Zech regte schliesslich an, die Delegation jährlich einmal zu einer Sitzung in die ausserpolitische Kommission des Landtages einzuladen. (mf)

Risiko und Vertrauen

Parlament diskutiert strittige Details im neuen Ärztegesetz

VADUZ – Warum ein Arzt keine GmbH sein kann? Warum Ärzte keine Physiotherapeuten einstellen sollen? Ob das neue Ärztegesetz zu rigoros ist? Wie das revidierte Sanitätsgesetz die Sanitätskommission entlastet? Der Parlament kreuzte gestern zu Fragen der Gesundheitsreform die Säbel.

• Kornelia Pfeiffer

Zum ersten Mal wird es in Liechtenstein ein Ärztegesetz geben. Nicht mehr die Regierung wird über die Zulassung von Ärzten entscheiden, sondern eine Ärztekammer. Neue Ärzte werden in die Ärzteliste eingetragen und erhalten einen Arztausweis. Die Ärztekammer ist die Ständesvertretung. Neu gibt es auch ein Disziplinarrecht für Ärzte. Die Ärztesflut, so Gesundheitsminister Hansjörg Frick im Vorfeld der geplanten Gesundheitsreform, sei Grund für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

Argumente zum Ärztegesetz

Seit dem Beitritt Liechtensteins zum EWR 1996 habe sich die Zahl der Ärzte von 33 auf 69 mehr als verdoppelt, so Frick. Die Entwicklung der Ärztezahlen mache es nötig, das Berufsrecht des Arztes und dessen Ständesorganisation in einem eigenständigen Gesetzeswerk zu regeln. Bis Jahresende hat das Parlament einen Zulassungsstopp für neue Ärzte verhängt. 2004 soll die Gesundheitsreform in Kraft treten, die eine Planung des Bedarfs an Ärzten für Liechtenstein vorsieht.

Als «sinnvolle Rechtsform» bezeichnete die VU-Abgeordnete Dorothee Laternser die neue Ärztekammer. Sie forderte jedoch mehr Verantwortung der Kammer für die Qualitätssicherung des liechtensteinischen Gesundheitswesens. Unakzeptabel sei, dass Ärzte nach Artikel 15 des Ärztegesetzes keine Physiotherapeuten einstellen dürften. Nicht akzeptabel sei zudem, dass Ärzte ihre Praxis nicht als bürgerliche Gesellschaft führen könnten.

Ärzte sollen Freiberufler bleiben

Um «Vertrauen, Gefühle, Ethik» solle es zwischen Arzt und Patienten gehen, wies der FBP-Fraktionsvorsitzende Markus Büchel auf das Risiko hin, zu viele wirtschaftliche Möglichkeiten offen zu lassen. Wenn die Hemmschwelle niedrig sei, Ärzte beispielsweise Physiotherapeuten beschäftigen dürften,



«Es gab Diskussionen aber keine Konflikte zwischen Ärzten und Regierung», betonte Gesundheitsminister Hansjörg Frick während der Debatte im Parlament zum neuen Ärztegesetz.

würden viel leichter Therapien verschrieben. Zu bemerken sei auch, dass Ärzte in Liechtenstein auch weiterhin Medikamente abgeben dürften, was sonst in keinem europäischen Land möglich sei.

Ärzte müssten daher, wie im neuen Ärztegesetz vorgesehen, freiberuflich bleiben, sollten keine fachfremden Nebenjobs haben und sich nicht finanziell an Unternehmen beteiligen, von wo sie Medikamente beziehen oder wo sie medizinische Dienstleistungen anordnen, so Büchel. Interessenkonflikte würden damit ausgeräumt, was der Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung in Liechtenstein zugute käme.

An die Person gebunden

Auch der FL-Abgeordnete Paul Vogt betonte das Vertrauen, das es zwischen Patienten und Ärzten zu fördern gelte. Das neue Ärztegesetz schiene ihm dazu «zu dirigistisch». Bedenken äusserte Vogt gegen die Ärztekammer als Zwangsinstitution. Zulassungen könnte das mit der Revision des Sanitätsgesetzes geschaffene Gesundheitsamt vornehmen. Und was die durch die Ärztekammer entlastete Sanitäts-

kommission angehe, so befürchte er deren de facto Abwertung.

Zu viele Physiotherapeuten

«Die Ärztekammer ist ein wichtiger Teil des Gesundheitssystems als Ansprechpartner der Regierung», informierte Gesundheitsminister Hansjörg Frick. Eine ihrer Aufgaben sei auch die Qualitätskontrolle. Gerade weil das Ziel ist, Patienten vor unsachgemässer ärztlicher Behandlung zu schützen, könne eine Arztpraxis auch nicht als juristische Person geführt werden. Eine Zulassung sei an den Befähigungsnachweis des Arztes und damit an eine persönliche Person gebunden.

Zur Frage der Physiotherapie-Kosten in Liechtenstein nannte der Gesundheitsminister Zahlen: 1 949 000 Franken im Jahr 2000 und eine deutliche Erhöhung auf 3 103 000 Franken im Jahr 2001. Im Augenblick gebe es in Liechtenstein rund 40 Physiotherapeuten. Auch hier sei eine Regulierung dringend nötig. Bei der Zahl der Ärzte ginge es nicht nur um den Zugang aus dem EWR, es gehe um eine Begrenzung an sich, wie auch

in Österreich und der Schweiz.

Synergien gelte es zu nutzen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden, unterstrich Markus Büchel. Die Teilrevision des Sanitätsgesetzes trage dem Rechnung. Neu wird es damit ein Gesundheitsamt in Liechtenstein geben, das Aufgaben der Sanitätskommission und des Landesphysikus übernehmen soll. So wird das Amt für Gesundheitsdienste Konzessionen für Zahnärzte, Apotheker und andere Berufe der Gesundheitspflege erteilen.

Keine Entwertung

Die Sanitätskommission kann mit dem neuen Gesundheitsamt ihrer Kernfunktion als beratendes und strategisches Gremium der Regierung in Fragen des Gesundheitswesens wieder verstärkt nachkommen. Eine Entwertung der Sanitätskommission sehe er nicht, sagte Gesundheitsminister Hansjörg Frick. Die Kommission könne wichtige Aufgaben übernehmen, es käme somit auf die Leitung der Sanitätskommission an.

Fairer Kompromiss

Eine zusätzliche Patientenorganisation, wie Paul Vogt sie forderte, sieht Frick nicht. Mindestens zwei Mitglieder der Sanitätskommission würden in jedem Fall die Interessen der Patienten vertreten. Den Einwurf Paul Vogts, der Kontakt zwischen den Ärzten und der Regierung sei abgebrochen worden in der Vorbereitung der Gesundheitsreform, stellte Hansjörg Frick richtig. «Es gab Diskussionen aber keine Konflikte», so Frick. Keine Sitzung habe ohne Ärzte stattgefunden.

Zudem seien Kompromisse zustande gekommen, beispielsweise der, dass jeder neue Arzt, auch ohne Krankenkassen-Zulassung 50 Prozent des Honorars über die Krankenkassen abrechnen könne. Das komme jungen liechtensteinischen Ärzten entgegen, entkräftete er den Einwurf des VU-Abgeordneten Walter Hartmann, in ein bis zwei Generationen werde es keine liechtensteinischen Ärzte mehr geben, weil es Liechtenstein früher versäumt habe, protektionistische Massnahmen zu ergreifen, die liechtensteinische Ärzte bevorzugten.



Um «Vertrauen, Gefühle, Ethik» solle es zwischen Arzt und Patienten gehen, wies der FBP-Fraktionsvorsitzende Markus Büchel auf das Risiko hin, zu viele wirtschaftliche Möglichkeiten offen zu lassen.